

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag bei C. Mehlken Buchdruckerei (Inhaber D. Ströml) für die Schriftleitung verantwortlich D. Ströml in Neuenbürg.

Bezugspreis:
Halbmonatlich in Neuenbürg 75 Goldpf. Durch die Post in Orts- u. Oberamtsverichte, sowie im amtl. inl. Verk. 75 G. - P. m. Postbestellg. Preis freibleib. Nachherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpf.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Buchhändler, sowie Agenturen u. Auslieferungsmänner jederzeit entgegen.
Herausgeber: Nr. 24 C. Mehlken Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einsp. Zeile oder deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpf. Kehl-Zeile 50 Goldpf. m. Tel.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100. Zuschlag. Offerte und Ankunfts-erteilung 20 Goldpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinsichtlich Zahl. nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft.
Verantwortl. Redakteur: Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

152

Neuenbürg, Dienstag, den 1. Juli 1924.

82. Jahrgang.

Deutschland.

München, 30. Juni. Der bayerische Landtag wählte am Samstag mit 68 von 107 abgegebenen Stimmen den Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei, Geheimrat Dr. Döhl, zum Ministerpräsidenten. Für den neuen Ministerpräsidenten stimmten die Bayerische Volkspartei, die deutschnationale und die Deutsche Volkspartei, der Bauernbund und das Zentrum, sowie der Abg. Krasofel. Die Demokraten und Sozialdemokraten gaben weiße Zettel ab.

Donaueschingen, 30. Juni. Am 3. Juli beginnt vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Neubauten im Landgerichtsgebäude die Hauptverhandlung gegen den Weingutbesitzer Anton Barchold aus Eltville, der sich zurzeit im Untersuchungsgefängnis in Frankfurt am Main befindet. Barchold wird beschuldigt, die separatistischen Bestrebungen unterstützt zu haben. Der Prozess dürfte deshalb von ganz besonderem Interesse sein, da nach der Anlage in einer selten so nachweisbaren Form hinter den Rücken der Reichsregierung als treibende Kraft und Drahtzieher des hochverräterischen Unternehmens der berüchtigte französische Kreisdelegierte Armand gefasst ist.

Die neuen Weimarer Verhandlungen.

Düsseldorf, 29. Juni. In der gestrigen Verhandlung hat die Weimarer Regierung auf Verringerung der Reparationslasten auch für den Juli in vollem Umfang aufrecht erhalten und jede Diskussion über eine völlige oder teilweise Bezahlung oder Kreditierung und über eine Verringerung der zu leistenden Kohlensteuer abgelehnt. Dagegen hat sie eine Ermäßigung der Kohlensteuer bis zur Hälfte und unter Umständen auch etwas darüber hinaus an. Ebenso hat sie eine Verminderung der Ein- und Ausfuhrabgaben sowie der Verkehrsabgaben für Nebenprodukte auf die Hälfte zugesagt. Wenigstensig wurde für Benzol eine Ermäßigung abgelehnt, für Wech eine solche von 40 Prozent, für Sulphat und die anderen Nebenprodukte eine solche von 30 Prozent zugesagt. Diese Erleichterungen sind im Verhältnis zu der Gesamtbelastung ganz außerordentlich gering. Die Sachverständigen haben den Standpunkt vertreten, daß angesichts der trostlosen Wirtschaftslage im rheinisch-westfälischen Bezirk zum mindesten die Kohlensteuer und die sonstigen geldlichen Belastungen vollständig wegfallen müßten. Die Sachverständigen wird am Montag über die Verhandlungen der Regierung berichten. Die Verhandlungen mit der Weimarer Regierung werden am Montag vormittag fortgesetzt.

Wegen der Kriegsschuldfrage.

Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände, dem rund 700 Organisationen aller Parteirichtungen angehören, veranstaltete gestern im Reichstag eine nachdrückliche Kundgebung gegen das Friedensabkommen von Versailles und gegen die Kriegsschuldfrage in Anwesenheit des Reichspräsidenten und der Minister Stresemann, Luther, Jarres, Brauns, Geßler und Damm. Einmütig wurde eine Entschiedenheit angenommen, in der es u. a. heißt: Die heute versammelten Männer und Frauen aller Schichten und Parteien haben einen Frieden der Gerechtigkeit gewünscht. Die Versprechungen des Wilsonsprogramms wurden nicht gehalten. Heute ist Deutschland, Europa und die ganze Welt im Zustande völliger Unordnung. Deutschland ruft erschrocken ab. Die anderen Völker sind diesem Beispiel nicht gefolgt. Mit der Lüge von der deutschen Schuld am Kriege wird Deutschland heute noch in der ganzen Welt verleumdet. Das deutsche Volk wird sich nach wie vor mit ganzer Kraft wehren gegen alle Veruche, das Reich zu zerstören, die deutsche Wirtschaft zu zerstören und die deutsche Volkskraft vernichtend zu treffen. Es wird sich nach wie vor mit aller Entschiedenheit gegen die Verleumdung des deutschen Namens in der Welt wehren. Die deutsche Reichsregierung hat durch die Öffnung ihrer Archive der Wahrheit die Bahn geöffnet. Dr. Stresemann hat eine amtliche Aufklärung der Kriegsschuldfrage gegeben.

Die deutsche Antwort in der Kontrollfrage.

Berlin, 30. Juni. Die deutsche Antwort in Sachen der Militärkontrolle ist am Samstag abgegangen und wird am Montag in der Presse veröffentlicht werden. Die Note ist wie man uns mitteilt, von dem sonst geübten Brauch abweichend, nicht nur juristisch gefaßt. Man hat vielmehr versucht, den Ton festhalten, den die beiden Entente-Minister angeschlagen hatten und ist in einzelnen auf die Gründe eingegangen, die Derrriot und Macdonald für ihren Schritt beibrachten. Alles wird nun davon abhängen, in welchem Geiste die Ausführungen dieses Schlusssatzes — als solcher war die geforderte Kontrolle ausdrücklich in der englisch-französischen Note bezeichnet worden — erfolgt. Sie kann an sich durchaus zur Entspannung dienen. Kann aber auch, von ungeschickten Organen in die Hand genommen, eine neue Belastung des angegriffenen Ausgleichs bringen.

Ein Begnadigungsakt des Reichspräsidenten.

Der Entschluß des Reichspräsidenten, nun auch die Deutschen zu amnestieren, die sich während des Ruhrkampfes den französischen Ordnungen gefügt haben, wird in einigen rechtslebenden Organen lebhaft getadelt. Unseres Erachtens zu Unrecht. Vorab wird eines festzustellen sein: Es liegt hier kein Akt vor, der auf französisches Verlangen erfolgte. Herr Derrriot hat Freischnitten und Rückfahrgeldausweise an keinerlei Bedingungen geknüpft, wohl aber ist in den Unterhaltungen, die in den letzten Tagen zwischen Paris und Berlin gepflogen wurden, angeregt worden, auf die französische Seite mit einer deutschen zu antworten. Es lag kein ernsthafter Grund vor, sich dem zu entziehen. Doch und Landesverräter werden von der Amnestie nicht betroffen. Sozialisten nur Leute, die von nationaler Charakterstärke besessen wurden. Insgesamt handelt es sich dabei nach unserer Kenntnis um etwa 100 Personen.

Ausland.

Rücktritt der italienischen Minister.
Rom, 30. Juni. Der „Nuovo Paese“ meldet, daß gestern abend alle Mitglieder des Kabinetts bei Mussolini ihre Vortententnisse zur Verfügung gestellt haben und mit einem Brief, der ihr Entlassungsgesuch begleitete, erklärten, daß sie dem Führer der Regierung auch weiterhin ergeben blieben. Mussolini wird heute seine Beratungen mit politischen Persönlichkeiten beginnen. Für morgen wird der Rücktritt amtlich angekündigt. Dienstag wird die Bildung des neuen Kabinetts mitgeteilt werden.

Die angeblichen deutschen Bedingungen.

Paris, 30. Juni. Gestern abend war die deutsche Antwort auf die letzte Note der Vorschlägekonferenz über die Militärkontrolle noch nicht überreicht worden. Man nimmt an, daß die Ueberreichung heute vormittag erfolgt. Vertinax im „Echo de Paris“ will wissen, daß die deutsche Regierung an die Wiederannahme der Militärkontrolle die nachstehenden drei Bedingungen knüpft: 1. Die Kontrolloperationen sollen erst in einem Monat wieder aufgenommen werden. 2. Sie werden zunächst in der Form von Jahrsberichten erfolgen. 3. Die Aufnahme eines allgemeinen Inventarbestandes des deutschen Waffensmaterials, sowie der Munitionsbekände würde sich an die Ausführung der Operationen anschließen, die den letzten Teil des Abrüstungsprogramms bilden.

Spaltung im französischen Einköblad.

Paris, 29. Juni. Die Kammer hat gestern nachmittag die Ausdrücke über die provisorischen Zwölftel festsichtigt. General Koller antwortete dem Abgeordneten Billipotenz, der den Offizieren und Mannschaften der Rheinarmee Verschonungsgeld zur Last legte, er könne auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen behaupten, daß das Leben der Rheinarmee kein Schlachtfeld sei. Im Namen der sozialistischen Partei gab Leon Blum nachstehende Erklärung ab: „Ich bin überzeugt, daß die Belastungsnoten in das Budget der wiedererlangbaren Ausgaben eingepreist wurden. Die Ruheerträge sind die Folgen einer Politik, welche die Sozialisten mancherorts bekämpft haben. Mein Freund und ich stehen einem überaus heißen Gewissenfall gegenüber. Die Sozialisten haben dabei die Absicht, sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen.“ Blum fügt hinzu: „Wir werden uns der Abstimmung enthalten, aber wir werden Gelegenheit erhalten, zu beweisen, daß wir der Regierung unser Vertrauen gewähren und wenn man diese Situation auszubuten beabsichtigt, so soll man es frei heraus sagen. Wir würden dann eine andere Lösung ins Auge fassen.“ Herrriot erklärte: Der Artikel 3, den Sie annehmen sollen, sieht einen Kredit von 205 Millionen vor. Die Regierung hat bereits jetzt eine Herabsetzung der militärischen Ausgaben um 65 Millionen beschlossen. So kann sie ruhigen Gewissens um die Annahme dieses Kredites bitten und ich sage hinzu, daß sie dann entsprechend an dem Wortlaut ihrer Erklärung freibleibt. Die Entscheidung, betreffend die Ruhe wird in voller Unabhängigkeit von den aliierten Parlamenten fallen, aber es ist unmöglich, daß diese Kredite zur Stunde nicht bewilligt werden. Ich begreife selbstverständlich die Ausführungen des Herrn Blum, aber wenn der Kredit nicht angenommen wird, so bedeutet das die sofortige Räumung der Ruhr und was würde in solchem Falle mit unseren Schuldverhältnissen und den Hoffnungen des französischen Steuerzahlers geschehen? Auf eine ausdrückliche Bemerkung des Abgeordneten Volkmann hin stellt Herrriot die Vertrauensfrage. Artikel 3 wird mit 456 gegen 26 Stimmen angenommen, 60 Sozialisten haben sich enthalten. Die Gesamtverlage gelangt mit 515 gegen 26 kommunistische Stimmen zur Annahme.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Durch Entschlichung des Herrn Staatspräsidenten ist das Fortamt Neuenbürg dem Fortamtman Hans in Crailsheim, das Fortamt Derrrials dem Fortamtman W. Duple bei der Fortdirektion übertragen worden.

Neuenbürg, 30. Juni. Im „Konfessionär“ schreibt der Verband deutscher Teppich- und Möbelstoffhändler: Obwohl die Einfuhr orientalischer Teppiche verboten ist, werden seit einiger Zeit demittelte Privatleute von Händlern, die vielfach landfremd sind und im Inland keinen festen Wohnsitz haben, durch schriftliche Angebote neu eingeführter Perser-Teppiche und nachfolgende Besuche zum Kaufe veranlaßt. Es stellt dieses Verfahren eine neue Art des Dauserhandels mit echten Teppichen dar. Abgesehen davon, daß beim Verkauf solcher Teppiche Preise gefordert und erzielt werden, die zum wirklichen Werte der Ware in keinem angemessenen Verhältnis stehen, sehen sich die Käufer der Gefahr aus, daß die den Teppichhändlern abgekauften Teppiche von den Behörden beschlagnahmt werden, weil sie auf ungeschicktem Wege eingeführt und oft auch der Zugssteuer entzogen worden sind. Darum seien die Liebhaber echter Teppiche vor solchen Angeboten gewarnt.

Herrenbach, 30. Juni. Mit dem Eintritt günstiger Wetterverhältnisse hat die Zahl der täglich hier eintreffenden Fremden erheblich zugenommen. Die Gesamtzahl hat bereits die Ziffer 3000 überschritten und damit die Frequenz des Vorjahres um 1000 übertraffen. Es wird die erfreuliche Beobachtung gemacht, daß auch solche Kreise sich wieder einfänden, denen es in den letzten Jahren nicht mehr möglich war, einen Anruf aufzusuchen; doch ist die durchschnittliche Aufenthaltsdauer gegenüber früheren Jahren geringer. Dieser Umstand ermöglicht es, daß auch in der Hochsaison hier noch leicht Unterkommen zu finden ist.

Widdach, 28. Juni. Nebenbei sei in anderen großen Anorten, wie auch in Widdach ein katholischer Kasino gegründet worden, in dem alle lebende Kurgäste, aber auch Familien Anstalt und Gesell. oft Gleichgesinnter finden können.

Erstes Gau-Sängerfest des Enzgau vom Schwäb. Sängerbund in Birkenfeld.

Birkenfeld, 30. Juni.

Festtage, wie sie Birkenfeld noch nie gesehen hat, sind vorauszuversagen. Das 1. Gau-Sängerfest des Enzgau-Sängerbundes, das am letzten Sonntag hier abgehalten wurde und vom Wetter sehr begünstigt war, ist in allen seinen Teilen sehr gut verlaufen. Es war ein Fest großen Stils. Gebört doch der Enzgau-Sängerbund mit seinen 38 Vereinen und circa 1700 Sängern zu den größten Chören des Schwäbischen Sängerbundes. Demnach war auch der Besuch ein ganz enormer, so daß der Festort kaum imstande war, die nach Tausenden zählenden Festgäste zu bewirten und zu beherbergen. Doch kam, wie man hörte, keiner zu kurz, es konnten alle nach ihren leiblichen Bedürfnissen wohl befriedigt werden. Die Einwohner, namentlich die Frauen und Mädchen, hatten in den letzten Tagen fleißig gearbeitet und haben Gairanden und Kränze geschnitten, um die Häuser und Straßen zu schmücken und so dem Ort das schönste Festgewand anzulegen. Allen sei gedacht, auch der Gemeindeverwaltung, die redlich bemüht war, die Straßen und Nebenwege in einen ordentlichen Zustand zu setzen.

Das Fest wurde eingeleitet durch ein Festbankett am Samstag abend im Löwen. Der Saal war dichtgefüllt. Auch eine größere Anzahl von Festgästen hatte sich eingefunden. Der Streichorchesterverein eröffnete den Abend mit Hochdeutsch, Marsch von Berger. Nun begrüßte Oberlehrer Frey die Festteilnehmer, insbesondere auch die fremden Gäste. Sodann verbreitete er sich über die Sangesfreudigkeit in unserem langgedehnten Schwabenland, wo die Wiege eines Sängers, des Meisters des Volksliedes, land, wo ein Schüler, Uhlend, Körner, Hauff wieder schufen, die wie von selbst zum Gesang wurden. Dann kam er auf die Bedeutung des deutschen Liedes für unser Volk, Gemüts- und Seelenleben zu sprechen. Aber auch für die religiöse Bedung und die Kultur des Menschen ist der Gesang von unschätzbarem Wert. In unserer materiell und egoistisch angehauchten Zeit darf die Veranbaltung von Geist und Gemüt in unserem Volke nicht verloren gehen, und da sei eben das deutsche Lied das beste Mittel, diese Mission zu fördern. Der Redner schloß seine Rede mit einem Hoch auf das deutsche Lied und das Schwabenland. Nun folgten in reichem Wechsel Männerchöre des Sängerbundes, Rustchor der Streichorchestervereine und verschiedene Variationsvorträge von Paul Seher. Das Bankett nahm einen sehr schönen Verlauf. Der Vorsitzende dankte allen Mitwirkenden und wünscht, daß der Abend einen verheißungsvollen Auftakt bilde möge für das morgige Sängerbundfest.

Die Birkenfelder hatten Glück. Der Samstag verbrachte zwar nicht viel Gutes, hing doch der Himmel voll schwarzer Wolken, die einen verregneten Festtag versprachen. Doch beiterte der Himmel sich gegen Abend auf und bald zeigten einige freundlich leuchtende Sternlein an, daß sich alles zum Guten wenden werde. So brach der Sonntag an. Hell und heiter ging die Sonne auf. Freudig und froh sahen die Bewohner dem wiederbrechenden Tag entgegen. Um 5 Uhr löste die Festmusik die Tagewacht. Bald war Leben überall. Man richtete sich, um die weitstehenden Vereine festlich zu empfangen. Die große Mehrzahl der Sänger brachte der Extrazug, der von Rühlacker kam. Ueberall in Lokalen, in der Turnhalle, auf dem Schulhof und anderen Plätzen hatte man Gelegenheit, wahrzunehmen, wie die Vereine noch eine kurze Probe ihres Wertungschöres vornahmen. Um 1/8 Uhr begann sodann das Wertungssingen in der Festhalle. Dieleiste war, da der Jubel ein ganz gewaltiger war, bis auf den letzten Platz besetzt. Die Musikdirektoren Prof. Kugel, Ehlingen und Prof. Schäffer, Heilbronn hatten die Aufgabe übernommen, die vorgetragene Chöre zu bewerten und zu kritisieren. Am Wertungsgefang beteiligten sich in der Klasse einfacher Volksgesang die Vereine Frohsinn Schwann, Sängerkreis Neu-Bärenthal, Freundschaft Derrdingen, Konfordia Binsche, Liederkreis Rühlacker, Harmonie Diefenbach, Flügelsrad Rühlacker, Eintracht Kleinachsbach, Männergesangsverein Würtemberg, Liederkreis Kleinachsbach, Liederkreis Rühlacker, Liederkreis Bierenheim, Freundschaft Neuenbürg. In der Klasse gehobener Volksgesang sangen die Vereine Liederkreis Calmbach, Frohsinn Rühlacker, Liederkreis Maulbronn, Liederkreis Neuenbürg, Sängerbund Derrheim, Liederkreis Engelbrunn, Sängerbund Hohen, Sängerbund Gröbenhausen und in der Kunstgesangsklasse die Vereine Liederkreis Engewillingen, Liederkreis Widdach, Liederkreis Derrheim, Erinnerung Forstheim, Männergesangsverein Rühlacker und Sängerbund Birkenfeld. Da nach einem Beschluß des Gauausschusses das Ergebnis nicht veröffentlicht sondern vom Wertungsrichteramt jedem Verein die Bewertung seines vorgetragenen Liedes besonders übermittelt werden soll, so müssen wir uns auch einer Kritik enthalten. Aber soviel darf gesagt werden, daß das 1. Gau-Sängerfest des Enzgau-Sängerbundes einen guten Anfang gemacht hat, daß im Enzgau-Sängerbund ein edles, gefundenes, reines Gesangsleben und Gesangsstreben herrscht. Es wurde nicht bloß von einzelnen, sondern von vielen Vereinen wirklich gut gesungen, so daß man den Eindruck bekam, daß sowohl seitens der Dirigenten wie auch der Sänger mit Dingebung und Fleiß, aber auch, was die Auffassung anbelangt, mit Verständnis gearbeitet wurde. Namentlich ist auch die Ausdrucksweise bei vielen Vereinen lobend hervorzuheben. Mancher Zuhörer hat seine Mißbilligung darüber ausgesprochen, daß in der Festhalle gemittelt wurde, was für die Zuhörer namentlich im hinteren Teile der langen Halle störend wirkte. Bei solchen Aufführungen muß eben absolute Ruhe herrschen, wenn man, namentlich bei den feinen Stellen, richtig hören will. Schon ein Umhergehen, wenn es noch so ruhig und leise geschieht, führt Unmittelbar an das Wertungssingen schloß sich die Hauptprobe für die Gesamtchöre

n beimgefahr
250 und der
Aus dem ein-
borgern. Der
ndig zehört.
daren Trup-
die betroffenen
at sich auf den

bereits ge-
ammerdebatte
ischen Regie-
Politik, wie
bleibe. (An
über Regyrien
at anerkannt,
ng über ver-
ans, für die
hätten werde
und niemals
1922 fest-
nach auf diese
en aus und
Sasha erklärte
unterbreiten
Paschad ab-
minen Amtsol-
zurück.

ndt übernimmt
antwortung.)

es Bezirksrats
müssen die
reden, mit Be-
ner Mehrheit
kennen. Nach
it ihrem gon-
sindlichkeiten
dat also die
rchaftsanlagen
N. B. N. Wenn
munalverbund
die Ablehnung
Schäfer zurück-
weiten Kreis-
torde in er-
Waffe von al-
haben in eine
haltung eines
Erweiterung
ist eine merk-
Grenschärden
del zu Wesen-
ben. Es hängt
Spartasse wir-
anlagen neuer
Sparer betriff
R. hat der
Erweiterung
stellen, welche
erzien. Es ha-
nden, welche
anerkannt ha-
A. hat der
Aufwertung
Neuenbürg
wertung zu
halten in der
berchaft ihre
das Ber-
Landes- und
in die Ziel-
des Bezirks-
Mitteln be-
Amtsleiter.
Bürit, Dypo-
reits eine Ein-
dert wird, daß
n, ihre Schul-

biger, und
ert.
reit.

Berein
bbau
lu.
eschrieben.
hen
rospunkte,
nglischen,
obungs-
erhalten.
...
dient in der
en von
en!



hand ein
dem sich
sichtlich
dabei über-
überflüssig
nicht seige.
fasse schon
wiederholte
Man legte
Kummern
und hiervon
Bürger
Unter-
Besitz der
Schuldschei-
nfallig die
Borgang im
Eing. Ein
Schweizer
genossen;
namen, die
wert wurde
seht, mit
Hand-
sollständig
sicht stehen
in Köder
Barbe von
schweren
der Blick
in hellen
rannte. Da
rückgekehr
seiner junge
er groß.
der Augustin
genständig
Die Fahr-
wechse (Mit
Schlag der
der unteren
in Gebilde,
ist viel neu
in Sig-
die Ma-
Wander-
Parlaments
denkmäler
Dom auf
sich eines
lands ab-
schönen Ta-
in Betrach-
Kochbarn
mer angli-
d: Ach die
ben raslos
erhält
mit wies
deutlich
er größer,
sich Antra-
nur ein
letzte Rit-
kuffern.
Kübe; er
er freudige
er Ständer
Stärken-
bedeutend
Pett ging.
sial berück-
sichtigen war
und zwei
nächst war
er Grob-
ernahm er
begraden
Doman
hmen das
1 Minuten,
4 Personen
te wurde
gefällt, daß
er nur
en, denn er
nach wurde
Zagen ein-
man jedoch
nahmen sich
sichtigung er-
Leben ge-
sich wöl-
den Verden
ausgeschlo-
finden
den Druck
erklärt
sch das der
über über-
t der zwei-
m Finanz-
ressiers an-
sicht werden
f in keinem
die vorge-
eignen, daß
früher den
geben. Sie
die „große
Zeit, denn
Zinsbruch
in-Bahnhof
aus Reim-
bedürftig
berührt; seit

letzter größerer Juwelendiebstahl dürfte jener im Hotel „Caplanade“ in Berlin gewesen sein, wo ihm sieben Brillanten in die Hände fielen. In seinem Besitz fand man 2000 Dollars und eine Menge Wertgegenstände. Der Verhaftete ist nach München eingeliefert worden. — Der internationale Voteldieb Josef Ballandier, geflücht von Schweizer und von Wiener Sicherheitsbehörden, fiel in Bozen in die Hände der Polizei, nachdem er kurz vorher in Innsbruck sein Unwesen getrieben hatte. In seinem Wohnzimmer in Innsbruck fand man, in einem Lederpolster eingemauert, eine Menge Schmuck, der von Diebstählen und Einbrüchen in Hotels herrührt.

Ein Riesenhai im Hafen von Marseille. Der Bootseigenen Gageron und seine Leute fingen kürzlich im Hafen von Marseille mit dem Netz einen riesigen Hammerhai. Das Ungeheuer wog 600 Kilo und war fünf Meter lang. Der Hai rührte unter den Netzen der Fischer arge Bewusstseinsstörungen an. Während des Fanges dachte er die rechte Hand eines der Fischer, und obwohl der Fisch schon halbtot war, hatte er doch noch soviel Kraft, die Hand zu durchbeißen.

Das Schicksal des „blauen Diamanten“. Der berühmte blaue Diamant der russischen Kronjuwelen, der vor 1000 Jahren die Krone eines Hindu-Königs zierte und dann in den Besitz der Jaren gelangte, wird jetzt in Kijew zum Verkauf angeboten, und zwar soll ein Amerikaner dafür eine Million Dollars geboten haben. Das Juwel, seit Jahrhunderten einer der wertvollsten Besitztümer der Jarenfamilie, ist von einer besonders blauen Farbe und wiegt 43 Karat. Er gehört einem Fräulein Suzanne Thillier, die unter dem Namen „Mlle. Brimrose“ bekannt ist. Sie behauptet, daß ihr der Edelstein während eines Aufenthaltes in Petrograd von dem letzten Jaren Nikolaj II. geschenkt wurde. Infolge von Vermögensverhältnissen war sie gezwungen, den kostbaren Stein zu veräußern, und so befand er sich seit drei Jahren in dem holländischen Handelsinstitut. Jetzt aber hat sie einige Kontakte für den Verkauf des Kronjuwels interessiert, die das wertvolle Juwel auslösen und es nun in Kijew ausbieten, wo der Verkauf des seltenen Steines mit seinen merkwürdigen Schicksalen großes Interesse erregt.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 30. Juni. (Landesproduktionsbericht.) Die Nachfrage nach guten inländischen Brotgetreide ist etwas größer und die Preise haben eine kleine Steigerung erfahren. Es notierten je 100 Kilo: Weizen 17-17,50 (am 26. Juni 16,75-17,25), Sommergerste 15,75 bis 16,50 (am 26. Juni 15,50-16,25), Wintergerste Nr. 0 20,25-20,75 (am 26. Juni 19,75-20,25), Roggen 8,25 bis 8,50 (am 26. Juni 8,00-8,50), Weizenklein 3,50-4,20 (am 26. Juni 3,50-4,00), Gerste 5,50 (am 26. Juni 5,00-5,50), braungeröstetes Stroh 3,50-4,00 (am 26. Juni 3,50-4,00).

Wagen, 28. Juni. Die vom Winzerverein Wagen am 24. abgehaltene dritte Versteigerung Norddeutscher Weine war gut besucht. Zunächst kamen die 1922er Weine zum Ausverkauf mit Falschweinen zwischen 3 und 6 Hektoliter. Bei letztem Abgang liefen dieselben mit 48 Mk für das Hektoliter ein, um sich auf 50, 52 und 60 Mark zu heben. Ein 1922er Juggener Steinbrunnen ergab 71 Mk., ein „Cotten Aalder“ ging für 102 und 108 Mk. ab. Die guten 1922er fanden noch gesteigertes Interesse. Hier setzte der billige Wein mit 90 Mark das Hefto ein mit Steigerung bis zu 100 Mk. Die edleren Weine kamen noch teurer, so der „Gutedel“ von 128 bis 142 Mk., Steinbrunnen und Sonnenberg ergaben 170 bzw. 171 Mark und Juggener Köhler 201 Mk. Es wurden annähernd 500 Hektoliter verkauft.

Schweinemärkte. Es kostete in Kales das Paar Milchschweine 30-45 Mk., in Vallingen das Stück 18-27 Mk., in Herrenberg das Paar Milchschweine 35-50 Mk., das Paar Käfer 68 bis 80 Mk., in Sanguas das Paar Ferkel 34-46, das Paar Käfer 50-60 Mk., in Vöhlungen a. S. das Paar Milchschweine 25-38 Mark, 1 Käfer 29-50 Mark.

Neuere Nachrichten.

Stuttgart, 30. Juni. Das Zentrum hat im Landtag mehrere Anfragen gestellt und zwar betr. die ungleiche Kreditvergütung an Großgrundbesitzer und Bauernstand, sowie betr. die Erlaubnis der Ausfuhr von Gerste und Hafer nach der Schweiz. Ferner ist von den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei eine Anfrage gestellt worden über den Einkommensausfall für die Gemeinden, die umfangreichen staatlichen Eigenbesitz auf ihrem Markungen ausweisen.

Stuttgart, 30. Juni. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen hat hier seinen Landesverbandstag abgehalten und eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Füge von der deutschen Schuld am Krieg und der deutschen Schuld im Krieg wendet. Die Entschließung gedruckt mit Trauer und Teilnahme der ausfallen Leiden der deutschen Väter und Schweltern in den abgetreten und besetzten Gebieten und erklärt, daß die Kriegsschuldlasten sich hinter jede Regierung stellen, die in amtlich diplomatischen Verhandlungen die Auffassung vertritt, daß die Schuldlosigkeit den geschichtlichen Tatsachen widerspricht und daß das Schuldverhältnis vom deutschen Volk in nächster Stunde unter Protest erzwungen worden ist.

München, 30. Juni. Die Besprechungen des neuen Ministerpräsidenten und der in Aussicht genommenen neuen Reichsministerien und mit den Koalitionsparteien über die Kabinettbildung stehen vor dem Abschluß. Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei tritt nachmittags noch einmal zusammen; die deutschnationale Fraktion hält am Mittwoch vor dem Beginn der Verhandlung eine Fraktionsversammlung ab. Das neue Kabinett legt sich aller Voraussicht nach folgendermaßen zusammen: Reichsminister und Reichsminister, Innerer, Außen, Kultus, Dr. Witt, Finanzen, Dr. Knaus, Justiz, Güter, Handel, von Meinel, soziale Angelegenheiten, Oswald, Landwirtschaft, Dr. Febr.

Wiesbaden, 30. Juni. Bei der Beratung eines Antrages zur Steuerung der Wohnungsnot gab ein Magistratsmitglied in der letzten Magistratsversammlung bekannt, daß die französische Besatzungsbehörde wiederum 400 Wohnungen angefordert habe, zu deren Befreiung weitere Wohnungen von Privaten beschlagnahmt werden müssen. Die im Antrag vorgeschlagene Beschlagnahme von Villen zwecks Umbaus verspricht keinen Erfolg, da 25 vom Hundert aller Villen in Händen von Ausländern seien. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Rückkehr der Ausgewiesenen ist diese unbegründete Forderung von Wohnung in solcher Anzahl, wie sie die Franzosen verlangen, eine neue „Sanktion“, die die arbeitsfähige Rückkehr für die meisten Ausgewiesenen illusorisch macht.

Cassel, 1. Juli. Im Reineidsprozeß gegen den Stadtrat Wiltrud wurde gestern das Urteil gesprochen. Es lautete wegen zwischenmündlichen Reineids auf 2 Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und dauernde Unfähigkeit, als Zeuge und Sachverständiger vor Gericht vernommen zu werden.

Charlottenburg, 1. Juli. Vor dem großen Schöffengericht fand gestern ein Prozeß statt, der sich mit einer der größten Wohlstandskrisen unternehmungen des Krieges, dem sogenannten „Luffahrtbank“ beschäftigt. Angeklagt war der Kaufmann Aufhäuser, der zuletzt das Generalsekretariat des Unternehmens geleitet hatte. Die Beweisführung ergab, daß es bei diesem „Luffahrtbank“, der angeblich den Zweck hatte, durch Sammlungen bei der Bevölkerung die Fliegertruppe zu unterstützen, um einen groß angelegten Schwindel handelte. Von den eingezogenen sehr erheblichen Beträgen hat auch nicht ein Pfennig die Flieger erreicht. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

Berlin, 30. Juni. Bei den gestrigen Reichstagswahlen in Altona erhielten, dem „Vorwärts“ zufolge, die Sozialdemokraten 9515, die Kommunisten 2704, die bürgerliche Einheitsliste und die Wählerlisten zusammen 7420 Stimmen. Anstelle des zum Oberbürgermeister ernannten zweiten Bürgermeisters Bauer wurde von den Sozialdemokraten unter Führung Kandidat Dr. Ober-Riel mit 9943 Stimmen gegenüber dem von den Bürgerlichen unterstützten Kandidaten Dr. Ban-

demann-Berlin, der 7420 Stimmen erhielt, zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Berlin, 30. Juni. Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete wurde die schwierige Lage behandelt, in welche der deutsche Weinbau und der deutsche Weinhandel dadurch geraten sind, daß Auslandsweine im besetzten Gebiet etwa nur mit einem Drittel des gesetzlichen Zollfußes verzollt zu werden brauchen. Von der Reichsregierung wurde erklärt, daß, solange die deutsche Forderung auf Wiederherstellung der Zollfreiheit nicht erfüllt ist, als einziges Mittel vorerst nur der Weg liege, mit Hilfe der im besetzten Gebiet ausgebauten Keller- und Weinsteuerkontrolle die Einfuhr und den Zulauf zu regeln. Daraus ist ersicht, daß die Reichsregierung, die von ihr in Erwägung gezogenen Maßnahmen gegen die Einfuhr unvollständiger Weine in das besetzte Gebiet beschleunigt durchzuführen.

Berlin, 30. Juni. Als Leiter des schweren Einbruchs, der in die Handelsabteilung der amerikanischen Botschaft am 23. März verübt wurde, wurde der 40jährige Kaufmann Friedrich Gengenann, ein bürgerlicher Verbrecher, festgenommen. Die meisten Zeitschriften konnten bei ihm beschlagnahmt werden.

Hirschberg i. Schl., 30. Juni. Vor dem großen Schöffengericht hatten sich 78 Angeklagte, meist Bergarbeiter aus dem Waldenburger Industriegebiet wegen Landfriedensbruchs zu verantworten. Im November vor. Ja, war es in Salzbrunn und Umgebung zu Lebensmittelkämpfen und Plünderungen gekommen, woran sich die Angeklagten beteiligt hatten. Der Staatsanwalt ließ in seinen Plädoyer die damalige Not als Strafmaß gelten. 22 Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen zwischen 1 und 9 Monaten, die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Derselben Angeklagten, die weniger als 6 Monate Gefängnis erhielten, bekamen Strafausschlag bewilligt.

Weslau, 1. Juli. Das Entgelt wurde von einem schweren Unwetter heimgesucht. Ein orkanartiger Sturm entwarferte in den Obstplantagen die Bäume, die weit auf die Felder geschleudert wurden. Das Getreide wurde durch Erntemaschinen auf weite Strecken hinfällig in den Boden gewalzt. Besonders betroffen ist die Gegend von Reuthe, Reichenbach und Langendellau.

Wismar, 30. Juni. Auf der Straße Halbed-Steinmünde war Sonntag abend von Betrübten ein Dreifuß gepannt worden offenbar um einen Leberball auf ein Auto zu verdrängen. Ein Polizeiauto kamte noch im letzten Augenblick zum Stillstand, doch wurde die Schwycheide zerplittert, das Steuerabstossen und die Anlassen durch Glassplitter verlegt. Die Betrübten, daß, als eine Drohke vorbeim mehrere Schalten eilig in Gebüsch verschwanden. Die Polizei hat die Untersuchung eingeleitet.

Königsberg, 1. Juli. Auf dem Elbingplatz keuerte ein mit zwei Handelskutschern und vier Handelskutschern besetztes Segelboot. Hier der Aufsicht ertrunken.

Wien, 30. Juni. Nach einem Telegramm der „Stunde“ aus Rom trifft Serbien Maßnahmen, um eine vollständige Mobilisierung gegen Albanien durchzuführen. Englische und amerikanische Kriegsschiffe sollen in der Adria gesichtet werden sein.

Rom, 30. Juni. Der König nahm das Rücktrittsangebot des Ministers Gentile Corbino Carnazza an und ernannte auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Mussolini folgende Minister: Unterrichts Senator Cossiga, Wirtschaft Senator Rocco, Innenl. Arbeiter Abg. Saracchi. Für das Kolonialministerium, das bisher Mussolini mitteilte, wurde Abg. Longo di Skolea in Aussicht genommen. Die Minister werden morgen vom König vereidigt.

Berlin, 30. Juni. Die Section Straßburg der Radikal-Sozialistischen Partei hat an die Regierung Hecht die dringende Bitte gerichtet, das bisherige unzulässige Ausnahmeregime der Pol-Schikanen und der Zensurvorbehalte, denen die Bevölkerung von Elsas und Lothringen bis heute noch unterworfen ist, aufzuheben. Die Grenze nach Deutschland müsse in weitgehendem Maße geöffnet werden, damit der klassische Handel mit seinem natürlichen rechtsrheinischen Hinterland wieder normale Geschäftsbeziehungen aufnehmen können.

London, 30. Juni. Der Prinz von Wales eröffnete in Wembley die erste Weltkongress für mechanische Kraft, an der 49 Staaten, darunter Deutschland, Russland, die britischen Dominions und die Kronkolonien teilnahmen. Der „Daily Mail“ zufolge besteht die amerikanische Delegation aus 40 der ersten Autoritäten Amerikas und 100 anderen amerikanischen Sachverständigen, die an den zur Erörterung gelangenden Problemen interessiert sind. Die Erörterungen werden sich auf die bereits vorhandenen und auf die Möglichkeit der Gewinnung neuer Kraftquellen beziehen, sowie auf die Ausbarmachung und Verwendung der Wasserkräfte zwecks Gewinnung von Elektrizität, ferner auf neue Methoden für die Verwertung von Kohlen, Oelen und natürlichen Gasen.

London, 30. Juni. Von offizieller englischer Seite verlautet, daß Belgien, Frankreich, Italien, Japan und die Vereinigten Staaten die englische Einladung zur Londoner Konferenz bereits angenommen haben.

Kairo, 30. Juni. Die Kammer beschloß einstimmig, dem König Fuad eine Dankesurkunde zu überreichen dafür, daß er den Rücktritt Jaglal Pasha ablehnte.

Peking, 30. Juni. Das japanische Kabinett ist wie folgt gebildet worden: Premierminister, Hasegawa; Finanzen, Geyser; Bezugs- und Industrie, Sun. Das Kabinett umfaßt außerdem zwei Hauptminister der Arbeiterpartei, nämlich Grewell für Verteidigung und Arbeit, Dongell für Post und Telegraphie.

Entscheidung eines kommunistischen Handgranaten- und Sprengstofflagers.

Stuttgart, 30. Juni. Am 26. und 27. Juni gelang es Beamten des Polizeipräsidiums Stuttgart, einige kommunistische Sprengstoff- und Handgranatenlager in Gestalt aufzufinden, die wiederum einen Einblick in die praktischen Vorbereitungen der KPD, zu dem von ihr geplanten gewaltsamen Umsturz gewöhnen. Bei dem Schneider Johann Piller wurden in seiner Werkstatt, Tierstraße 3, zwei Revolver vorgefunden. Ferner wurde vorgefunden: etwa 1 Zentner hochprozentiger Sprengstoff in Form von Sprengkörnern, etwa 1/2 Zentner großformatiger Schwarzpulver, wie es zur Füllung der in früheren Fällen beschlagnahmten, aus Kontervenbüchsen bereitgestellten Handgranaten Verwendung fand, 300 Sprengkörner zu Stielhandgranaten und einige deutsche und englische Handgranaten. Bei der Kommunistin Franziska Beckenich, Schlosserwitwe und Hilfsarbeiterin in Gestalt, Arminstraße 45, wurden vorgefunden: zwei vollständige Felderminen 17 mit Kabel, 50 Meter Rändschur, 4 Kilo Schwarzpulver derselben Art wie bei Piller, sowie folgende Teile der aus zahlreichen sonstigen Beschlagnahmungen bekannten, aus Kontervenbüchsen angefertigten Handgranaten: 20 Messingbüchsen, 56 Blechbüchsen, 540 Blechdeckel und 20 Verschlussgewinde. Bei dem Kommunisten Karl Debio, verheirateter Gärtler in Gestalt, Krengruststraße 16, außer anderem beschlagnahmtes Material 13 selbstgefertigte, mit dem erwähnten Schwarzpulver gefüllte Handgranaten desselben Modells, zu dem die bei der Pillerbuch vorgefundenen Teile gehören. Weiteres beschlagnahmtes Material wurde bei dem Kommunisten Wilhelm Ralmbach, Hölblingstraße 20 Dös, und Gustav Jahn, Kelterstraße 35, vorgefunden. In die Untersuchung sind noch eine Anzahl anderer Verdächtige Kommunisten verwickelt.

Vorkonstituierung der Württ. Landw.-Kammer.

Stuttgart, 30. Juni. Der Vorstand der Württ. Landw.-Kammer hat am 27. Juni hier über wichtige wirtschaftspolitische Fragen verhandelt, u. a. wurde ein Bericht über die Konferenz der Süddeutschen Landwirtschaftskammern am 20. Juni in Darmstadt erörtert. In dieser Sitzung wurden behandelt die Preisfrage in der Landwirtschaft, das Sachverständigenkataster, die schnelleren Beschaffung der Landwirtschaft, die Kreditnot, die Erwerbslosenfrage, das Anwerberechtsgesetz, das Reichsmilchgesetz und die Postpreisreduktionen. Der neue Posttarif soll in einer demnächst in der Landwirtschaftskammer in Stutt-

gart stattfindenden Sitzung eingehend besprochen werden. Es wurde beschlossen, auch von den einzelnen Landwirtschaftskammern aus auf eine Ermäßigung der Steuern und auf Milderung der Kreditnot mit dem größten Nachdruck hinzuwirken. Der Reichsernährungsminister von Knipf hat zwar in einer der letzten Reichstagsitzungen auf Vorschlägen der Berufsvereinigungen hin gewisse Zugeständnisse gemacht, die aber noch nicht ausreichen. Insbesondere muß auf eine wirksame Hilfe hingewirkt werden. Eingehend wurde die Aufhebung des Reichsmilchgesetzes und die Milchpreisbildung besprochen. Nach Stuttgart werden zur Zeit täglich 75000 Liter Milch aus Württemberg und 7000 Liter Milch aus der Schweiz geliefert. Auf den Kopf der Bevölkerung kamen im Jahr 1926 0,25 Liter, heute wieder 0,22 Liter. Es ist also kein Grund vorhanden, die Milchverteilung in Stuttgart noch weiter aufrecht zu erhalten. Der Verkaufspreis könnte mit der Aufhebung herabgesetzt werden, da dann die Unkosten der Milchverteilung und der Bewirtschaftung wegfallen. Es wurde nachdrücklich beschlossen gefaßt: Die Württ. Landw.-Kammer ersucht das Ernährungsministerium dringend: 1. daß Genehmigungen für die Durchführung von Zwangsmaßnahmen gegenüber den Milchproduzenten, wie sie in § 1 der Reichsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Milch vom 6. Juni 1924 vorgesehen sind, in Württemberg nicht erteilt werden, da die Milchversorgung der Bevölkerung gesichert ist, 2. daß die Milchsteuer aus dem Ausland eingeschränkt wird, 3. dahin zu wirken, daß wirtschaftliche Beziehungen des Erzeugerpreises durch die Gemeinden bzw. städtischen Milchverordnungsämter unterbleiben, und endlich, daß der Verbraucherpreis in ein richtiges Verhältnis zum Erzeugerpreis gebracht wird. — Zur Befreiung der Erwerbslosenfürsorge wird den Landwirten der Abschluß eines Dienstvertrages empfohlen. Die Formulare können von der Württ. Landw.-Kammer bezogen werden. Diese Verträge sind den Ortskrankenkassen vorzulegen, worauf die Befreiung von der Erwerbslosenfürsorge erfolgt.

Uebergabe der Kontraktate in Paris.

Paris, 30. Juni. Vorkonstituierung von Höch hat heute mittag dem Ministerpräsidenten Derriot anlässlich der Uebergabe der deutschen Note über die Militärkontrolle den Dank für den Gnadenakt ausgesprochen, durch den die Rückkehr der Ausgewiesenen aus dem besetzten Gebiet mit wenigen Ausnahmen gestattet wird. Er erklärte jedoch, daß eine völlige Befriedigung in Deutschland in dieser Frage erst dann eintreten könne, wenn die Begnadigung der noch in den Gefängnissen zurückgehaltenen politischen Verurteilten erfolgt sei.

Berlin, 30. Juni. In der deutschen Antwortnote auf die Militärkontrolle der Vorkonferenz heißt es unter anderem: Die deutsche Regierung kann und will nicht in Abrede stellen, daß sich in Deutschland zahlreiche Organisationen befinden, die sich die körperliche Erleichterung der deutschen Jugend zur Aufgabe setzen. Die sportlichen und turnerischen Vereinigungen der deutschen Jugend irgendwie in Verbindung zu bringen mit militärischen Vorbereitungen Deutschlands ist nicht beabsichtigt. Das deutsche Volk lehnt den Gedanken an Krieg ab, und unter allen politischen Parteien besteht Einigkeit darüber, daß eine heimliche Waffentüchtung als ebenso unmöglich und nutzlos wie gefährlich abzulehnen ist. Demzufolge hat die Reichsregierung sich auch ernstlich bemüht, die Entwaffnung gewisser politischer Verbände, die mit den Turn- und Sportvereinen nicht verwechselt werden dürfen, rücksichtslos durchzuführen, so daß von einer ernsthaften Bewaffnung dieser Verbände nicht mehr die Rede sein kann. Es liegt der deutschen Regierung fern, Taten der Vergangenheit aufzurechnen, aber sie muß darauf hinweisen, daß die ganze Bewegung niemals eine solche Ausdehnung und niemals einen solchen Charakter erhalten hätte, wenn man Deutschland gegenüber von vornherein eine Politik der Verständigung getrieben und ihm die gleichberechtigte Mitarbeit zugelassen hätte. Das deutsche Volk hat die Empfindung, daß man ihm gegenüber jede Rücksicht auf seine wirtschaftlichen Fähigkeiten, vor allem aber jede Rücksicht auf sein berechtigtes Selbstgefühl hat vernichten lassen. In einem Land, das mit demselben Stolz an seiner Geschichte hängt, wie andere Nationen konnte dies nicht ohne Rückwirkungen bleiben. Im übrigen glaubt die deutsche Regierung das Eine festhalten zu sollen, daß es keinen ernsthaften Militär in der ganzen Welt gibt, der die Meinung haben könnte, daß Deutschland, selbst wenn es wollte, irgendwie imstande wäre, bewaffnete Konflikte hervorzurufen. Die öffentliche Meinung in Deutschland lehnt sich gegen eine erneute Kontrolle seitens der interalliierten Militärkontrollkommission deshalb auf, weil diese Kontrolle ihr ständig einen Eingriff in die Reichsouveränität vor Augen führt, bei dem es sich um etwas ganz Verlegendes handelt und der überdies im Versailles Vertrag heute nicht mehr begründet ist. Sie glaubt, daß die deutsche Abrüstung, soweit sie anerkanntermaßen zu einer bestimmten Zeit durchgeführt war, für die interalliierte Militärkontrollkommission auch endgültig erledigt sein muß. In der Feststellung der endgültigen Erklärung der alliierten Regierungen, daß es sich bei der geforderten Generalinspektion um den Abschluß der interalliierten Militärkontrolle wie um den Übergang zu dem in Artikel 23 des Versailles Vertrags vorgesehenen Verfahren handeln soll, ist die deutsche Regierung bereit, die Generalinspektion zuzulassen. Sie ist sich bewußt, daß sie dem deutschen Volke damit eine außerordentlich schwere Belastung zumutet. Sie legt deshalb voraus, daß über die Modalitäten der Durchführung der Generalinspektion zwischen den alliierten Regierungen und der deutschen Regierung eine Verständigung gefunden wird, die es ermöglicht, die Kontrolle in einer Weise durchzuführen, die bereits von dem Geist erfüllt ist, der die Beziehungen der Völker in Zukunft regeln soll, dem Geist der Achtung und des vertrauensvollen Zusammenwirkens, ohne den eine wirkliche Befriedigung dieser Beziehungen undenkbar ist. Die deutsche Regierung darf ferner der Erwartung Ausdruck geben, daß die interalliierte Militärkontrollkommission die Generalinspektion mit allen Mitteln beschleunigt. Die deutsche Regierung bietet als Schlußtermin für die Generalinspektion den 30. September zu bestimmen.

Die Berliner Presse zur Antwortnote.

Berlin, 30. Juni. Die überwiegende Mehrheit der Berliner Presse nimmt zu der Antwortnote der deutschen Regierung eine anerkennende Haltung ein und unterschreibt, daß die Note sich in ihrer ganzen Form angenehm von ihren Vorgängerinnen unterscheidet. Die Gründe, die für die Regierung bei diesem Entgegenkommen maßgebend waren, werden auch von den Koalitionsparteien wie von den Sozialdemokraten gebilligt. Beachtenswert ist jedoch, daß auch die Koalitionsparteien der Destitutionsnationalen sich in verhältnismäßig sachlichen Grenzen halten. Der „Volkswacht“ gibt zu, daß die Note in recht geschickter Art die Ansicht der Reichsregierung gegenüber Derriot und MacDonald und gegenüber von Teilen der öffentlichen Meinung in deren Ländern zum Ausdruck bringt. Er betont ausdrücklich, daß in dem Schriftstück einige Wahrheiten stehen, die man sich freuen darf, in ihm zu finden. Auch die „Deutsche Tageszeitung“ will die diplomatische Geschicklichkeit und im einzelnen wirksame Formulierung der Note nicht bestreiten. Nur die „Kreuzzeitung“ spricht von einer Schrift schmuckvoller Unterfertigung. Auch bei ihr ist jedoch die Art verhältnismäßig maßvoll. Man wird auch daraus den

Schlusß ziehen können, daß die Deutschnationalen den Schritt der Reichsregierung würdigen und ihre Absicht jedenfalls nicht sofort zuspitzen wollen, um daraus innerpolitische Konflikte heraufzubekommen.

Die deutschen Sozialdemokraten als Vorspann für weitere Forderungen?

Paris, 30. Juni. In Regierungskreisen wird als erster Eindruck der deutschen Antisornote das Wort „Befriedigend“ ausgesprochen. Damit ist nicht gesagt, daß sich die Vorkonferenz mit den Gegenvorschlägen der deutschen Antwort einverstanden erklären wird. Die französische Regierung scheint den Standpunkt der Berliner Regierung betr. Zulässigkeit der sportlichen Jugendorganisationen als unvereinbar mit dem Geist der Entwaffnungsbestimmungen abzulehnen. Es wird an dieser Stelle erklärt, daß diese Jugendorganisationen zu reaktionären, gegen die Republik gerichteten Machenschaften ausgenutzt werden könnten. Da man augenblicklich sehr hart mit den deutschen Sozialdemokraten rechnet, um die Berliner Regierung für weitere Zugeständnisse empfänglich zu machen, richtet man an die Sozialdemokraten des Reichstages die Frage: Zeigt ihr damit einverstanden, daß man in Deutschland junge Leute für den Kampf gegen die Republik zur Errichtung der Monarchie und zum Kriege gegen Frankreich vorbereite? Die Alliierten wollen die deutsche Republik vor der Gefahr dieser Jugendorganisationen bewahren und werden deshalb die unter dem Decknamen „Sportliche Vereinigungen“ bestehenden militärischen Vorbereitungsstellen verbieten. In der Begründung, weshalb die deutsche Regierung jetzt die Kontrolle annimmt, welche sie vor drei Monaten abgelehnt hat, glauben sogar regierungsfremde Kreise ein Mandat zu entdecken. Dieses Mandat soll darin bestehen, daß man in Berlin die Verknüpfung der Entwaffnungsfrage mit der allgemeinen Beschränkung der Rüstungen plant. Man unterschreibt dem deutschen Kabinett die Absicht, in Ost ein solches Kartell zu stellen. Daß Frankreich auf eine derartige Forderung niemals und nimmermehr eingehen wird, erklärt man als selbstverständlich. Andererseits macht man in der Umgebung Derriots kein Hehl daraus, daß die deutsche Antwortnote eine nicht unbedeutende Besserung der internationalen Lage herbeiführt habe. Ueber die weiteren Wünsche, nämlich Vorkontrollen zur Verhütung von Zwischenfällen und Verfestigung der Kontrolle, sollen noch Besprechungen mit Berlin gefolgt werden. Die Befriedigung in Regierungskreisen vorant den reaktionären Barrieren klingen nur um so stärker zu entristeter Zurückweisung der deutschen Note an. Hätte Poincaré aus Berlin eine solche Antwort erhalten, so würden die nationalpolitischen Kampfbühnen gewiß von einem Erfolg ihrer Gewaltpolitik gesprochen haben. Da sich aber die deutsche Zustimmung ohne Anwendung der parlamentarischen Faust einstellte, johlen die chauvinistischen Boulevardblätter und behaupten, daß Berlin die Bedingungen der Kontrolle aufgestellt habe, was gleichbedeutend sei mit einer Niederlage der Versöhnungspolitik Derriots und Madonalds.

Englische Schritte für Poincaré.

London, 30. Juni. Der heute nachmittag in London veröffentlichte Text der deutschen Note über die Militärkontroll-

frage wird sofort vom Abendblatt der konservativen „Daily Mail“, der „Daily News“, zu einem scharfen Angriff gegen Deutschland benutzt. Das Blatt schreibt: Die Obstruktion, die durch die Uneinigkeit der Alliierten wirksam werden konnte, kann nur zu dem Zweck ausgedacht worden sein, um die Bestimmungen des Friedensvertrags zu umgehen und Deutschlands bewaffnete Macht auf einer sehr viel größeren Jahreshöhe zu erhalten, als es selbst bereit war, sie zu vermindern. Es liegt auf der Hand, daß Deutschland im gegenwärtigen Augenblick nicht nur eine Armee hat, die weit über die Bestimmungen des Friedensvertrags hinausgeht, sondern daß es im Begriffe ist, eine große Anzahl Männer mittels des Systems einer kurzen Dienstzeit auszubilden, und daß es ferner das Gerübe einer Organisation geschaffen hat, das in sehr kurzer Zeit Deutschland über eine bewaffnete Macht verfügen lassen würde, die ebenso groß wäre, wie die Armee, mit der es 1914 ins Feld zog. Zu glauben, daß Deutschland jetzt bereit wäre, die Früchte dieser jahrelangen geheimen Bemühungen wegzuworfen, indem es eine wirkliche Unterwerfung seiner Hilfsquellen gestatten würde, ist einfach unmöglich. Infolgedessen weiß jeder vernünftige Mensch, was er davon halten muß, wenn Deutschland einen Monat verlangt, um die Weidensachen seines Volkes angeblich zu beruhigen, und wenn es den Alliierten vorschlägt, nach welchen Gesichtspunkten die Untersuchung durchgeführt werden soll. Es bliebe nur ein Mittel, das geeignet ist, Deutschland wieder an der Kette festzuhalten: Ohne die volle Verfügungsfreiheit über die Hilfsquellen des Ruhrgebietes ist Deutschland verkrüppelt, und die französische Besatzung dieses Gebietes ist Europas einziger wirksame Garant für den Frieden. Das Deutschland von heute ist das alte Deutschland. Es hat keine Umkehr des Dergens statgefunden, und es erwartet nur die Gelegenheit, um loszukommen, wenn ihm die Alliierten dies gestatten sollten. — Der „Daily News“ ist offenbar eine Verwechslung passiert. Nicht Deutschland ist das Böse, sondern lediglich die Schrittmacher der Poincaré-Politik in Frankreich und England, die i. H. die Hauptschuld tragen am Ausbruch des Weltkriegs und die auch heute wieder durch ihre simulose Debe gegen Deutschland die endliche Befreiung Europas hindern.

Der Wirbelsturm in Ohio.

Cleveland, 30. Juni. Der Wirbelsturm suchte ein Gebiet von 60 Meilen Ausdehnung heim, das sich von Cleveland aus am Ufer des Erie-Sees entlang bis Sandusky, dem Mittelpunkt der Katastrophe, hinzieht. Die Zahl der Toten wird auf 20, der Sachschaden auf 12 Millionen Dollar geschätzt. Aus dem eingestürzten Theater wurden bereits 165 Leichen geborgen. Aus Sandusky wird gemeldet, daß der am Wasser gelegene Teil zerstört ist und daß mehrere Personen getötet worden sind. Sämtliche Hospitäler sind überfüllt. Alle verfügbaren Truppen der Nationalgarde erhielten den Befehl, in die betroffenen Städte abzugehen. Der Gouverneur von Ohio begab sich an den Schauplatz des Unglücks. Nach den letzten Meldungen aus Cleveland sind dem Ufer, der die Stadt Lorain heimsuchte, insgesamt 300 Personen zum Opfer gefallen. 118 wurden verwundet. In Sandusky sind 6 Personen dem Sturm zum Opfer gefallen. Der Bürgermeister berichtet, daß in Lorain 7000 Personen obdachlos sind. Nur drei Gebäude der Stadt

seien noch unversehrt. Die Behörden haben über die von dem Sturm heimgesuchte Gegend den Belagerungszustand verhängt, um Klünderungen vorzubeugen. Reuter meldet aus Cleveland, daß auch diese Stadt vom Wirbelsturm heimgesucht worden ist und zwar sind hier sieben Tote zu beklagen.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik enthaltenen Eingekandt übernimmt die Schriftleitung nur die pfegegesehliche Verantwortung.)

Im Sprechsaal der Nummer 151 des Enztälers vom 20. Juni beschäftigt sich der Beauftragte der Geschäftsstelle des Württ. Hypothekengläubiger- und Sparschuldenverbandes e. B. in Stuttgart, Justizrat Seeger, mit der Verwendung der Ueberüberschüsse des Kommunalverbandes, und beantwortet, daß diese Mittel vom Bezirksrat der Abgemeinheit damit gutgebrocht wurden, daß sie zur Beschaffung eines Krankenfuhrwagens und zur Erweiterung des Krankenhauses, anstatt zur Aufwertung der Guthaben der Sparer bei der Oberamtsparcasse bestimmt worden seien.

Einander scheint sich über den Vorgang nicht genau unterrichtet zu haben und unterlegt den Verwaltungsstellen der Amtskörperschaft Absichten, die ihnen fern liegen. Zunächst ist bezeichnend bemerkt, daß die beanstandeten Vorgänge nicht den Bezirksrat, sondern am 6. Juni d. J. die Amtsdarstellung beschäftigt haben. Weder in den Verhandlungen selber, noch in dem Bericht des Enztälers hierüber findet sich eine Grundlage für die Behauptung des Einwenders, daß der Bezirksrat eine Aufwertung der Spareinlagen ablehne. Nichts dergleichen wurde gesagt. Es wurde lediglich auf einen Antrag aus der Mitte der Amtsdarstellung, der sofortige Aufwertung oder wenigstens Aufnahme des Zinsdienstes der alten Spareinlagen verlangte, erwidert, daß zu dem Zinsdienst allein jährlich mehr als 200 000 Mark erforderlich wären, daß der Sparkasse hierzu zur Aufwertung des Kapitals Mittel zur Verfügung stehen, daß diese in der Hauptsache aus Steuermitteln aufgebracht werden müßten, und zum Schluß nur beantragt, die Beschließung über die Aufwertung auszusetzen, bis sich nach Stellungnahme des neuen Reichstags und der Regierung zu den Anträgen auf Abänderung der geschlossenen Bestimmungen über die Aufwertung die Angelegenheit besser übersehen lasse.

Mit den Ueberüberschüssen des Kommunalverbandes hätte der Spargläubigern der Oberamtsparcasse ungefähr 1 Prozent ihrer Forderungen gutgebrocht werden können. Glaubte Einwender wirklich, es hätte damit auch nur ein Sparer beruhigt, der Sparcasse günstig getimmt werden können?

Verwaltungen, die mit solchen Wägen die Stimmung in Sparschulden zu bessern suchen, werden einmal schlechte Erfahrungen machen, wenn die Tragweite derartiger Anwendungen bekannt wird.

Es muß eben auch in dieser, wie in allen Geldfragen, um den Verbältnissen, den zur Verfügung stehenden Kräften gerechnet und nichts unmögliches verlangt werden. Das Wägen aber zu tun ist auch die Verwaltung der Amtskörperschaft erwünscht genommen. Oberamtsparcasse.

Stadtpflege Neuenbürg.

Kirschen-Verkauf.

Nächsten Donnerstag abend 6 Uhr wird der Gemeinde-Kirschenvertrag öffentlich versteigert. Zusammenkunft beim Bezirkskrankenhaus.

Zahlungs-Aufforderung.

In den kommenden 10 Tagen verfallen die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und die Gebäudeversicherungsteuer für den Monat Juli, außerdem die zweite Hälfte des Beitrags zur Wohnungsbaukreditanstalt.

Die Steuerbeträge bleiben in den bisher bekannt gegebenen Sähen unverändert bestehen. Unter den selbsterigen Zahlungsbedingungen ergeht an alle Schuldigen die dringende Aufforderung zur Bezahlung der verfallenen Beträge.

Den 1. Juli 1924. Stadtpfleger Essich.

Dennoch.

Das Sammeln von Heidelbeeren

im hiesigen Gemeindevald ist für Auswärtige verboten.

Den 1. Juli 1924. Schultheißenamt.

Visitenkarten

liefert rasch und billig die C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.

30. Juni 1924.

	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs		Heutig. Kurs	Vorig. Kurs
Goldanleihe	4,2	4,2	Benz. Akt.	—	—
3% Dt. Reichsanl.	1,050	0,900	Bubers. Akt.	8	7 1/2
4% „	0,575	0,500	Charlottenburger Wasser Akt.	17 1/2	17 1/2
5% „	—	0,250	Daim. Mot. Akt.	2,1	2
3% Württ. Staatsanleihe	0,450	0,300	Guggenau Eisen Akt.	7	6 1/2
4% W. Staatsanl.	0,600	0,600	Germania	—	—
5% Südd. Festwertbank Obl.	1,200	1,200	Einoleum Akt.	8,5	8
5% Badische Kohlenanleihe	9	10	Harp. Bergb. Akt.	32,9	32,6
5% Rhein. Goldanleihe	—	—	Höchst. Farb. Akt.	9 1/2	9 1/2
Dtsch. Bank Akt.	8 1/2	8 1/2	Jungbans Akt.	5	5
Disconto	—	—	Köln-Rottm. Akt.	5	5 1/2
Command. Akt.	8 1/2	8 1/2	Kollmar & Saurhan Akt.	17	17 1/2
Reichsbank Akt.	33 1/2	36 1/2	Körting & Co. Akt.	4,7	4,9
Rhein. Creditbank Akt.	1 1/2	1,5	Laurahütte Akt.	4,6	4 1/2
Württemberg. Bank Akt.	1,2	1 1/4	Mogirus Akt.	1,5	1,4
Sapag Akt.	20,9	20,8	Mansfeld Akt.	2 1/2	2,6
Rordd. Lloyd Akt.	4 1/2	4 1/2	R. S. H. Akt.	4,3	4 1/2
W. Lokalb. Akt.	28	27	Rheinmerke Akt.	3,3	3,7
Elb-Hochb. Akt.	30 1/2	38 1/2	Saf. Sichel Akt.	3,5	3,8
A. G. Akt.	6,7	6,7	Saf. Heilbr. Akt.	34	34
Bad. Anilin Akt.	12 1/2	12,7	Stuttg. Zuck. Akt.	2,5	2,5
			Württ. Elekt. Akt.	5,1	5,25
			Zellstoff	—	—
			Walchhof Akt.	8,3	8 1/2

Neuenbürg. Gebrauchtes Bett,

vollständig, noch guterhalten, und ein schwarzes Kleid ist zu verkaufen, anzusehen von abends 7 Uhr ab. Zu erfragen in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Langenbrand.

Unterzeichner legt folgende Materialien dem Verkauf aus: 2300 Backsteine, 2100 Falziegel, 1 W., 32 Hohlziegel. Abgabe von 100 Stück an Andreas Fischer.

Oberniedelsbach. Sehe ein Schwein,

geeignet zur Zucht, dem Verkauf aus. Hausnummer 12.

Schönheit

verleiht ein reales, jugendliches Ansehen und ein reiner carter Teint. Alles dies erzeugt die echte Stechenpferd-Keise die beste Lillienmilchcreme. Ferner macht „Dada-Cream“ rote und spröde Haut weiß und samtweich. Zu haben in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien. Carl Mahler, Seifenfabrik, Lustauer Neht., C. Ockelmann.

Bestellungen auf Stempel

jeder Art nimmt entgegen C. Meeh'sche Buchhandlung.

Kredite

erhalten Sie bei Hinterlegung amtlich notierter Wertpapiere gegen erstattliche, hypothekarische Sicherheiten und gegen Großbank-Bürgschaft. Angebote unter Z 500 an die „Enztäler“-Geschäftsstelle.

Wenn

man etwas verkauft, vermietet oder verpachtet oder etwas sucht, so bringt man eine Anzeige im „Enztäler“.

Die große Verbreitung in allen Bevölkerungsschichten sichert Erfolg. Bei Anfragen um Auskunft von der Geschäftsstelle des Blattes ist stets das Porto für Rückantwort oder für Weiterbeförderung der Angebote nzw. beizufügen.

Neuenbürg, 1. Juli 1924. Codes-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir Freunden und Bekannten mit, daß meine liebe Gattin, unsere treubeforgte Mutter und Großmutter **Elise Krastel, geb. Mader,** nach langem schweren Leiden Montag abend 1/6 Uhr im Alter von 63 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen: **Der Gatte Gotthilf Krastel mit Kindern.** Beerdigung findet Mittwoch nachm. 5 Uhr statt.

Bezirks-Consumverein Neuenbürg (Enz).

Radikaler Preisabbau!

Wir gewähren unseren Mitgliedern bis auf Weiteres einen Preisnachlaß **von 30 % auf Textil- und von 20 % auf Schuhwaren.**

Wir empfehlen unseren Mitgliedern von diesem außerordentlich günstigen Angebot ausgiebigen Gebrauch zu machen **Prima Mostzibeben** eingetroffen.

Calmbach.

Geschäftseröffnung und -Empfehlung.

Der verehelichten Einwohnerin von Calmbach und Umgebung zur gefälligen Kenntnis, daß ich am hiesigen Plage eine **Waf- und Reparaturwerkstätte** eröffnet habe und empfehle mich in allen vor kommenden Arbeiten, sowie auch im Anfertigen von wasserdichten Fischer- und Jagdtiefeln. Es wird mein Bestreben sein, meine werthe Kundschaft prompt und reell zu bedienen und bitte daher höflichst um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll!

Wilhelm Reutischer, Albert's Sohn, Schuhmacheremeister, Wildbaderstraße 135.